

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
 Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
 Bezugspreis 80 Pf. pro Vierteljahr.
 Einzelnummer 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Ernst Voersch,
 Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gespaltene Zeilen
 30 Pf.
 Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf.
 Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 12.

Berlin, den 16. Juni 1901.

5. Jahrg.

Die Gewerkschaftswache.

In den Pfingstfeiertagen fanden wieder eine Reihe von Arbeiter-Kongressen und General-Versammlungen gewerkschaftlicher Verbände statt. Der „Vorwärts“ schreibt hierüber:

Es war ein eigener Zufall, daß im Laufe der vergangenen Woche alle Richtungen der Gewerkschaftsbewegung, soweit sie Bedeutung beanspruchen dürfen, Kongresse oder Generalversammlungen abhielten. So konnten einerseits die Gegenläufe, welche die einzelnen Richtungen trennen, in aller Deutlichkeit hervortreten; aber es wäre ein einseitiges Urtheil, wenn wir nicht auch betonen wollten, daß andererseits viel Gemeinsames, das durch die gleichartige wirtschaftliche Stellung der Arbeiter bedingt ist, sich stark bemerkbar machte.

So hat vor allem die wirtschaftliche Stellung der Arbeiter die Entwicklung der christlichen katholischen Gewerkschaften, die in enger Verbindung mit dem Zentrum stehen, immer mehr dazu gedrängt, die Erwägung besserer Arbeitsverhältnisse zu einer wichtigen Aufgabe zu machen. Der Streit hat für die Arbeiter dieser Gewerkschaften nicht mehr das ihnen bisher eingebläute Verabreichungswürdige, sie betrachten ihn nicht mehr als ein Vorgehen gegen die heutige Ordnung, vielmehr haben sie in den letzten Jahren manchen Konflikt auszuweichen müssen und sind dabei nicht selten in parteiunabhängigen Unternehmungen gekommen, die zu ihren religiösen und politischen Freunden gehören. Daß dem Zentrum diese Entwicklung angenehm ist, erscheint ganz ausgeschlossen, und der Verzicht von autoritärer Seite, eine andere Richtung zu weisen, ist von keinem durchschlagenden Erfolg begleitet gewesen. Auffallend war auf dem Kongress dieser Gewerkschaftsgruppe, die in Krefeld tagte, die geringe Vertretung der Geistlichen, die sonst auf diesen Kongressen den Ton angaben; die Führer waren Leute aus dem Arbeiterstande. Zwar punkten die Differenzen über das Votagen von der politischen Partei und Geistlichkeit noch fort, aber der Kongress hat mit Geschick vorläufig den Konflikt beigelegt und die Frage möglichst umgangen. So viel scheint sicher, daß eine Gewerkschaftsbewegung abgeordnet von den rein religiösen katholischen Vereinen, wie sie sich hier in der Entwicklung befindet, vom katholischen Klerus oder der Zentrumspartei nicht mehr unterdrückt werden kann. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Bewegung Fortschritte gemacht hat, sie hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens weit die Hirsch-Dunderschen Vereine überflügelt und mit einer gewissen Ueberhebung erklärte ein Redner: „Wir wollen nicht in die Bahnen der Hirsch-Dunderschen Vereine einlenken; mit der Unterstützungsfrage sei die Aufgabe der Gewerkschaft nicht erledigt.“

Wie groß die Gegenläufe in der Beurtheilung der Gewerkschaften unter den Anhängern des Zentrums sind, das bezeugt der ablehnende Standpunkt, den der Verbandstag der katholischen Arbeitervereine für Nord- und Ostdeutschland einnahm. Es sind das Vereine mit großem Anhang aus dem Kleinbürgerthum, die einen rein religiösen Zweck verfolgen. Hier fand die Gewerkschaftsbewegung nur laue Beworther, vor allem aber die neutrale Richtung eine entschiedene Abneigung. Es ist das die Richtung, die auch in Berlin ewige Verhinde mit Gewerkschaftsgründungen machte, aber nur selten innerhalb der katholischen Vereine auftrat.

Nicht so glücklich in der Beilegung ihrer Differenzen wie die katholischen waren die von der evangelischen Fakultät. Eine besondere Gewerkschaftsbewegung giebt es hier nicht, wohl aber tagte ein sogenannter Arbeitervereinstag in Speyer, den die Gewerkschaftsfrage auseinandertrieb. Zwar hatte man sich in dieser Korporation in dem Jahre vorher mit einigen Sympathieäußerungen für die Gewerkschaften etwas zu gute gethan, aber man hoffte nicht, daß jemand die Sache ernst nehmen würde. Als aber nun Herr Raumann dennoch zur That überging, und für die Gewerkschaften Propaganda machte, erhoben sich die Interessenten des Unternehmertums und schoben von denen, die ein wenig mehr als salbungsvolle Reden für die Arbeiter aufwenden wollten. Für die Gewerkschaftsbewegung hat das Ereigniß keine Bedeutung, es zeigt nur die Jämlichkeit der evangelisch-sozialen Arbeiterfreundschaft.

Auch bei den Hirsch-Dunderschen zeigte sich der Geist der Rebellion, der nur mühsam nochmals von den „Alten“ unterdrückt wurde. Die Organisation stagnirt, das sehen die Arbeiter schließlich auch ein, weshalb sich gegen die verknöcherte, bürokratische Verbandseileitung ein starker Unwille bemerkbar machte und nicht viel hätte gefehlt, so wäre eine der bedeutendsten Einrichtungen dieser Organisation, der Redner, der aus politischer Angstmissethete, um die Sozialdemokraten von den Vereinen fernzuhalten, eingeführt wurde, der Opposition zum Opfer gefallen. Die Frist ist um drei Jahre verlängert.

Von den freien Gewerkschaften hielten fünf Verbände ihre Generalversammlungen ab. Sie widmeten ihren Beratungen meist dem Ausbau innerer Einrichtungen. Die Beitragserhöhungen wurden allgemein mit einer dementsprechenden Aufbesserung der Unterstützungsfrage in Einklang gebracht. Die Bildhauer erhöhten ihren Wochenbeitrag von 50 auf 65 Pf. Die Tischler führten eine Krankenunterstützung ein. Der Verband der Metallarbeiter nahm eine Aenderung der Organisation vor. Er führte eine Dezentralisation durch die Vereintheilung herbei. Man hofft durch diese Abgrenzung in größeren Bezirken und Aufstellung geeigneter besoldeter Beamten als Vorsteher dieser Gauen die Agitation und die Verwaltung zu erleichtern. Die gleiche Einrichtung haben die Bergarbeiter eingeführt, die bei den Buchdruckern und Holzarbeitern schon längere Zeit besteht. Die persönlichen, unliebsamen Debatten, die dem Verbandstag der Metallarbeiter mehr Zeit entzogen als dienlich war, werden in ihrer Nachwirkung hoffentlich eine Schwädigung der Organisation bringen.

Der Verband der Bergarbeiter hatte eine interessante Diskussion über die Neutralität der Gewerkschaften, ohne daß es dabei zu ersten Konflikten kam. Der Verband nimmt eine streng neutrale Stellung ein, wie es besonders Redakteur Hue befürwortet. Bei den eigenartigen Verhältnissen der Bergarbeiter, vor allem der Konkurrenz der christlichen Organisation, kann Hue wohl mit Recht darauf hinweisen, daß gerade unter dieser Führung die besten Erfolge erreicht wurden. Der Angriff richtete sich auch mehr gegen eine Ueberhebung der neutralen Stellung, weshalb nach ärztlicher Aussprache der bisherige Standpunkt beibehalten wurde.

Aus der Betrachtung der vielen und so verschiedenen Kongresse geht deutlich hervor, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Positionen neuerdings

weiter gefestigt hat und ihren Einfluß im wirtschaftlichen Leben zu starker Geltung zu bringen weiß. Anmerkung der Redaktion. Mit dem Urtheil des „Vorwärts“, daß die Vorgänge auf dem Arbeitervereinstag in Speyer und das Ausschneiden der 30 000 Mitglieder aus dem Verbande der evangelischen Arbeiter-Vereine gänzlich ohne Bedeutung sei, können wir uns nicht ganz einverstanden erklären.

Einmal mußte die Richtung Quandel-Franken ziemlich offen Farbe bekennen und zugestehen, daß sie gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter ist.

Wenn dann andererseits auch die in den evangelischen Arbeiter-Vereinen verbleibenden 40 000 Mitglieder noch lange nicht für die Gewerkschaften gewonnen sind — zum Theil sind sie auf Grund ihrer Berufsstellung überhaupt nicht zu gewinnen — so zeigen doch die ganzen Vorgänge zur Genüge, daß man auch in diesen Kreisen die Berechtigung der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr anerkennen muß und dieses, sowie die sich hieraus ergebenden Folgen haben immer eine gewisse Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Fiebig, Berlin S., Urbanstraße 34.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Voersch, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.** Portal III. Sprechst. von 10-12 Uhr Vormittags Sonn- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. **Verbandskassierer: F. Hoffmann, Berlin N. 58, Kreuzschloß 48.** Geschäftsführer der Krankengeld-Zuschußkasse: **E. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.** Alle Korrespondenzen, Anfragen u. die den Verband betreffenden, sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die „Gewerkschaft“ und die Krankengeld-Zuschußkasse bestimmt, sind nur an den Verbandskassierer zu richten. Alle Korrespondenzen und Geldsendungen für die Krankengeld-Zuschußkasse gehen an **E. Damm, Berlin W. 30, Winterfeldstraße 25.**

Geldsendungen für die „Gewerkschaft“ gehen an **Hr. Voersch.**
 Vorsitzender des Ausschusses: **F. Schulz, Berlin S.O., Sankt-Herbertstraße 21.**

Quittung über die eingegangenen Gelder für die Charlottenburger A. händigen: **Magdeburg I 28 15, Magdeburg I 6 20, Dresden 14 45, Berlin (Katholische Arbeiter) 32 05, Bremen 9 40, Magdeburg I 14 30, M. Hr. Voersch**

Krankengeld-Zuschußkasse.

Es gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein:
 Berlin VIII 50 Mk., Cambura 50 Mk.
 Die Hauptkasse zahlte Zuschüsse für Kranken-Unterstützung an **Berlin I 50 Mk., Berlin Ia (Zahlstelle Westmeyer) 50 Mk., Mainz 50 Mk.**

J. A. E. Damm.

Versammlungen.

Berlin. In der letzten Mitgliederversammlung der Amaliationen-Arbeiter, die am 1. Juni stattfand, referierte **Kollek Schabel** über „Unsere Betriebs-Krankenkasse.“ Die Einnahmen derselben betragen nach letzten Aushebungen vom 21. Mai 1900 bis 31. Dezember 1900 243 183 50 Mk., die Ausgaben 226 249 54 Mk., so daß ein Bestand von 16 933 98 Mk. bleibt. An den Reservfonds wurden 29 682 Mk. abgehört. 1750 männliche Mitglieder waren 37 237 Tage, 374 weibliche 9072 Tage krank. Sterbefälle waren 60 zu verzeichnen. Der Redner kam dann noch auf die verschiedenen Krankenkassensicherungen zu sprechen. Namentlich viele Erkrankungen an Maskei und Scheinbaumstammansatz, sowie sehr Abmagerungserscheinungen seien aufzuführen. Bei den Krankenkassensicherungen sei der Prozentfuß der Erkrankten folgender: **Hanoverstadtung 15 pCt., Staaken I und 6 16 pCt.**

Station 4 und 10 99 pSt., Station 8 und 7 107 pSt., Station 8 und 9 227 pSt., Station 5 und 2 198 pSt.

Nach 2 Punkt der Tagesordnung wurde die Sommerurlaubsfrage behandelt. Mit der bezüglich n unterbreiteten Petition erklärten sich die Versammelten einverstanden. Im Besonderen wurde eine Kommission mit der Arrangierung eines Stützpunktes und Plänen beauftragt. Außerdem kamen mehrere Angelegenheiten in den einzelnen Betrieben zur Sprache; da die Vertrauensleute der in Frage kommenden Stationen die Mängel aber noch nicht ihren Betriebsinspektoren unterbreitet haben, soll dies zunächst geschehen.

Berlin. Die am 5. Juni tagende Mitglieder-Versammlung der Zentrale IV. (Desinfektoren) Berlin nahm folgende Resolution an:

In Erwägung, daß die Berliner Zentralen in den letzten Jahren einen solchen starken Aufschwung genommen haben, daß die damit verbundenen Arbeiten vom Verbandsvorstand nicht mehr in dem Maße geleistet werden können, wie es erforderlich ist, um den Mitgliederbestand dauernd zu erhalten und die Organisation in Berlin weiter auszubauen, auch von den Mitgliedern als Ehrenamt nicht mehr weiter werden kann, erachtet es die heutige Versammlung der Zentrale IV Berlin als dringend notwendig, daß ein Beamter für Berlin und Vororte angestellt wird.

Ferner wurde beschlossen: daß vom 1. Juli ab keine Krankenunterstützungen mehr gewährt werden, und mit dem genannten Zeitpunkt die pro Woche gezahlten 5 Pfg. Entlastung in Wegfall kommen.

Der Postus vom 22. September 1899: „Das Krankengeld wird erst von der 5. Woche ab in Höhe von 5 M. gewährt“.

sowie der Postus vom 25. Februar 1900: 1. Jedem erkrankten Mitgliede kann nur innerhalb 52 Wochen bis zu einer Dauer von 13 Wochen Krankenunterstützung gewährt werden.

2. Mitglieder, welche länger als 4 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, erhalten keine Unterstützung werden aufgehoben.

Der Vorstand der Zentrale IV. J. A. G. Herrmann.

Berlin VII. (Arbeiter des jüdischen Schlacht- und Viehhofes) In der Mitgliederversammlung der Zentrale, welche am 21. v. M. bei Panen, Frankfurter Allee 174, tagte, wurde an Stelle des früheren Kassiers Krallopp Kollege Login, Petersburgerstr. 34, zum Kassier gewählt. Die Frage: Die stellen wir uns zur Errichtung eines Arbeiterauschusses? wurde e bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nachdem noch interne Angelegenheiten erledigt worden, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Breslau. Der Verband der Gemeindegewerbetreibenden beschäftigte sich in seiner gestern tagenden Mitgliederversammlung mit den jüngsten Verhandlungen der Breslauer Stadtverordnetenversammlung über den Antrag Brubins, betreffend die Erhöhung der Löhne der jüdischen Arbeiter. In der Einleitung der Verhandlung wies Arbeitsekretär A. Ulrich Namens der Breslauer Gemeindegewerbetreibenden und unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Angriffe des Stadtverordneten Login auf die jüdischen Arbeiter entschieden zurück. Wenn der Herr Login, der früher als Richter ja wohl auch mal gearbeitet habe, (jetzt aber als Richter wirklich keine besondere Veranlassung habe, auf die Zankstube anderer Leute zu klettern) einmal als jüdischer Trägerarbeiter in Hund und Wetter draußen gestanden oder etwa bei 40-50 Grad in der Gasanstalt gearbeitet habe, werde er wohl eine andere Meinung von der „Brotkruste“ der jüdischen Arbeiter bekommen. Stadtverordnete Brubins nimmt dann das Wort zu längeren Ausführungen über die Frage der Lohn- und Gehaltsverbesserung jüdischer Arbeiter und Unterbeamten. Ueber Herrn Logins Verhalten will Redner hier nicht reden. Man solle den Herrn in eine gut besuchte Gemeindegewerbetreibenden-Versammlung einladen, damit er sich dort noch rüber erkläre, wo er die Gründe, welche man für die Ablehnung von Redners Antrag auf Erhöhung der Löhne und Gehälter für jüdische Arbeiter und Unterbeamte aufbringt, konzentriert zusammen vor einer sachlich scharfen Prüfung nicht stand halten. Die Überzeugung könne man nicht leugnen und die Behauptung, daß sie bald vorübergehen werde, sage das Gegenteil der Wahrheit. Daß man schon einigen Kategorien Lohnverbesserungen gewährt habe, sei doch gerade ein Grund, um auch allgemein eine Erhöhung eintreten zu lassen. Uebrigens seien die eingetragenen Erhöhungen sehr bescheiden und den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter nicht genügend. Ebenso hinsichtlich der Grund, daß man doch die jüdischen Arbeiter nicht besser bezahlen dürfte, wie das die Privatunternehmer thun, damit man diesen nicht unliebame Konkurrenz mache. Die Stadt brauche tüchtige pflicht-treue Arbeiter und diese müsse sie gut bezahlen. Das thue man ja auch bei den hohen Gemeindegewerbetreibenden, die viel mehr Gehalt bekommen, wie ihre ungeliebten in gleichem Range stehenden Kollegen im Staatsdienst. Rein Wunsch verlange für einen jüdischen Arbeiter etwa das Anfangsgehalt eines Stadtraths im Betrage von 6000 M., sondern man wolle nur einen menschenwürdigen Lohn, der aber werde jetzt mit 2-3 M. Tagelohn nicht gezahlt. Redner führt noch einige andere Gründe seiner Gegner ab und weist die Gemeindegewerbetreibenden dann auf den hohen Werth ihrer Organisation hin. Daß diese Organisation an gewissen Stellen nicht genügen werde, sei erklärlich, die jüdischen Arbeiter seien aber ein gelegentliches Recht aus, wenn sie sich organisieren. Auch die höheren Gemeindegewerbetreibenden seien ja organisiert. Politische Fragen behandle die Organisation nicht, jeder Gemeindegewerbetreibende könne also betreten, welche politische Richtung er auch haben möge. In der nun folgenden wurde auch festgestellt, daß die neuliche Ver-

theilung der „Volkswacht“ über die Lohnverbesserung der Gasanstaltsarbeiter in diesem Umfange nicht richtig sei. Es haben nur einzelne Handwerker und Arbeiter geringe Lohnverbesserung erhalten. Nach einem kräftigen Schlusswort des Arbeitsekretärs Reufsch, das zu unablässiger Thätigkeit anspornt, wird die Versammlung geschlossen.

Chemnitz. In der Versammlung am 19. Mai sprach Genosse Krause über den Werth der gewerkschaftlichen Organisation. Er führte ungefähr folgendes aus: Da wo sich die Arbeiter nicht um die berufliche Vereinigung kümmern, sei die Lage der Arbeiter am schlechtesten. Namentlich ist in Gemeindebetrieben die Arbeitszeit viel zu lang und die Löhne zu niedrig. Es sei deshalb Pflicht der Arbeiter, sich zu organisieren, wenn man etwas erreichen wolle. Die Arbeiter brauchen die Lohnverbesserung nicht zu erbitten, sondern sie hätten das Recht, dieselbe zu fordern. Die Forderung der Lage der Arbeiter durch die Unternehmer sei unmöglich, da die selben die Kosten, wie jetzt in der Krise, auf die Schultern der Arbeiter abwägen, viele Frauen der Unternehmer seien öffentliche Wohltäterinnen, trotzdem ihre Männer auf der anderen Seite die Löhne herabdrücken und erst das Elend erzeugen. Vor allen Dingen müßten die Gemeindevorstellungen mit gutem Beispiele vorangehen, und nicht die schlechten Zeiten dazu benutzen, um überhaupt die Löhne herabzudrücken. So haben auch die besagten Vaterneumärkte im vorigen Jahre dem Stadtrath eine Petition überreicht, worin dieselben um eine Lohnverbesserung bitten, dieselbe ist jedoch nicht genehmigt worden. Gerade die Vaterneumärkte hätten allen Grund sich zu organisieren, da ihre Lage mit am schlechtesten sei. So solle der achtzehnte Tag der Kubeltag sein, derselbe werde jedoch seit niemals eingehalten, weil keine genügende Mehrheit da sei. Im Winter würde nicht einmal das Anzeichen der Stadtkassens besetzt, man glaubt jedoch, daß die Zahlung durch die Gasanstalt erfolgt! Die Vaterneumärkte müssen 119 Votoren vorlegen, die drüber sind, bekommen die Petitionen extra bezahlt. Lohndrücken ist 19 M. In der Diskussion wurden noch verschiedene Ueberrückstände besamt gegeben. Es ist jedoch traurig von unseren Mitgliedern, aber auch von den Herren Vaterneumärkten, daß sie sich nicht besser um die Versammlungen kümmern, denn es waren noch nicht einmal ganze 30 Mann anwesend. Das muß aufhören, wenn wir etwas fortschreiten wollen.

Leipzig. Da vom Rath der Stadt und vom Stadtverordneten-Kollegium die Einführung der Arbeiterauschüsse bei den Gasanstalten und beim Tiefbauamt genehmigt worden ist, wurden von der hiesigen Leitung des Verbandes vier Betriebsversammlungen für die beiden Gasanstalten abgehalten. Die Tagesordnung war für alle Versammlungen: 1. Die Einführung der Arbeiterauschüsse, die Zusammenstellung von Wahlen und Pflichten derselben. 2. Stellungnahme zu dem im Oktober d. J. stattfindenden Kongreß der in Gasfabriken beschäftigten Arbeiter.

Zu Punkt 1. erläuterte Kollege Burkhardt, wie derartige Ausschüsse zusammenzustellen seien, wie die Wahlen stattfinden haben und was derartige Institutionen für Pflichten heissen, wo sie für die Arbeiterauschüsse bedeuten sollen; er weist darauf hin, daß das nicht geschehen kann, wenn eine gute Organisation vorhanden ist, und daß Ausschußmitglieder vor allen Dingen organisiert sein müssen.

Die Diskussion über diesen Punkt war eine sehr regere. Punkt 2. erläuterte Kollege Franz, Redner sprach über den Zweck des städtischen Kongresses und wies darauf hin, daß Bezugs auf alle Fälle vertreten sein müßte, die Tagesordnung sei eine sehr wichtige. Eine Resolution, welche die Notwendigkeit ausdrückt, den Kongreß zu beschließen und zur Festung der Interessen beizutragen, fand in sämtlichen Versammlungen einstimmige Annahme.

Die erste für Gasanstalt 2 anberaumte Versammlung konnte leider wegen zu schwachen Besuch nicht stattfinden. Gut besucht waren die beiden Versammlungen für Gasanstalt 1. Die Kollege dieser Anzahl waren für längere Zeit dem Verband vollständig abtrünnig geworden; ein Antrag, Mann für Mann der Organisation wieder beizutreten, fand einstimmige Annahme; und wurden im Laufe der Zeit eine ganz beträchtliche Anzahl Kollegen in den Verband aufgenommen. Zu wünschen wäre nur noch, daß die Neuaufgenommenen dauernde Mitglieder bleiben, alle persönlichen Zwistigkeiten bei Seite lassen und daß nicht der Verband in die persönlichen Angelegenheiten stets hineingezogen werden würde, da nur unter diesen Umständen kann die Organisation gedeihen. Öffentlich kommen auch noch die 2 Kategorien der Leipziger jüdischen Arbeiter zur Sprache und schließlich nach dem Verbands der Gemeindegewerbetreibenden an.

Magdeburg. Dessenhalb: Gasarbeiter-Versammlung am 19. Mai. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der letzten deutschen Gasarbeiter-Kongresse. 2. Die Arbeiterentlastungen im alten Gaswerk. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte Kollege G. Schäfer das Referat übernommen, welcher es in entzündlichem Vortrag vortrug, die ziemlich zahlreich versammelten mit der eminenten Bedeutung unseres ersten Kongresses vertraut zu machen. Die Besichtigung des Kongresses wurde einstimmig beschlossen. Eine lebhafte Debatte über die Zahl der zu bestimmenden Delegirten endigte mit der Annahme des Antrages, heute nur einen Delegirten für die Gasfabrikarbeiter (Feuerhausarbeiter und Gasfabriker) zu wählen und es der am 15. Juni stattfindenden Versammlung der Vaterneumärkte und Handwerker zu überlassen, einen bezogen zwei weitere Delegirte zu bestimmen. Die darauf vorgenommene Wahl fiel auf Kollegen G. Schäfer.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung referierte der Vorsitzende J. Schäfer. Er gab einen eingehenden Bericht der Verhandlungen, die er mit dem Vorsitzenden der Gasdeputation Herrn Bouwatz Ruhn geschlossen hatte, die aber einen negativen Erfolg zu verzeichnen hatten, da

die maßgebenden Herren die Verhältnisse der ihnen unterliegenden Arbeiter nicht begreifen wollten. Ferner berichtet er von dem mit Herrn Dr. Frank, sozialdemokratisches Deputationsmitglied, stattgefundenen Besprechungen. Er bedauert, daß es demselben nicht gelungen ist, einen für die zu entlassenen Gasarbeiter günstigen Einfluß auszuüben. Da nach Lage der Dinge keine Aussicht vorhanden wäre, daß die Rückgaben der dort Arbeiter zurückgenommenen würden, müsse man jetzt bedacht sein weiteren Entlastungen vorzugehen und insbesondere dafür zu sorgen, daß die Entlassenen dem Besprechen des Bau- und Ruhn sowohl wie dem des Herrn Vertriebsvorsteher Ingenieur Raupp gemäß, im August wieder entlassen würden. In der sich nun entfernenden Debatte, in der man sich aber nur zu gerechtem Ueber die sozialpolitische Gerechtigkeit und arbeiterfeindliche Haltung unserer Gaswerkverwaltung H. A. Loewen alle Redner sich darüber einig, daß bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahl besonders unter den jüdischen Arbeitern eine eifrige Agitation entfaltet werden muß, um den Arbeitervereinen zum Siege zu verhelfen, das endlich einmal solchen Kommunalbeamten, die vor keinem Gewalt zurückweichen, wenn es gilt den verdammten Stadtmachern ein anzuhängen, das Handwerk gelegt wird. Damit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Am 28. Mai erzielte unser Arbeiterauschuss eine Zusammenkunft mit unserm Oberbürgermeister Herrn Dr. Wagner. Derselbe versprach dafür einzutreten, daß die Befähigten in anderen jüdischen Betrieben beschäftigt werden sollten.

Weiter richtete der Ausschuss eine Eingabe an das Stadtverordneten-Kollegium, welche auch von Herrn Dr. Wagner demselben unterbreitet wurde, wobei er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß die Diskussionspunkte so rasch wie möglich besichtigt werden möchten. Das Verlangen wurde vom Stadtverordneten-Kollegium fernerhand an die Gasdeputation verwiesen, wo man ihm schon ein stilles Begrüßung bereiten wird. Am 1. Juni verließen ohne Sang und Klang zwei Entlastete (jeweils waren vorher schon aufgetreten) als Arbeiter die Fabrik, mit dem engsten Trost, durch Vermittelung der Stadt bei dem Zwischenunternehmer und Schachtmeister Dörflein in Arbeit treten zu können. Hätte es dieser Vermittelung bedurft, um als Handarbeiter sein Brod zu verdienen? Gewiß nicht, aber man muß sich mit einem Schein der Arbeiterfürsorge umgeben. Im Uebrigen übernimmt dieser Meister keine Verpflichtung auf sich, wenn er eben einstellen will, stellt er ein, und wer ihm nicht paßt, der kann gehen. Und ganz mit Recht. Soll dieser Mann etwa wieder gut machen, was die Stadtverwaltung an den Gasarbeitern genügt hat?

Alles in Allem, man muß an den hiesigen Vorgängen erkennen, daß die Arbeiter keinen geringen Theil der Schuld tragen, wenn man sie so behandelt. Würde die Organisation die gebietet, wie sie es vor unserm Streik war, und hätte man dafür gesorgt, daß auch der letzte Arbeiter der alten Gasfabrik organisiert ist, dann wäre es soweit nicht gekommen. Niemand, der sich nicht wehrt, wird nicht geholt. Man muß eben nicht zusammenstehen, um etwas zu erlangen, sondern auch in das Gerümpel zu erhalten.

Aus den Gemeinden.

Von dem Berliner Bau- und Sparverein der jüdischen Arbeiter. Dem Bau- und Sparverein der in Gemeindegewerbetreibenden beschäftigten Arbeiter und Angehörigen G. G. m. b. H., sind wieder 217 Mitglieder beigetreten. Diese Mangelhaftigkeit hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, der in Berlin bestehenden Wohnungsanstalt und dem Wohnungswörter entgegenzutreten, indem sie selbst Häuser für den gemeinsamen Besitz ihrer Genossen bauen will. Es ist dieses jedoch in Berlin mit ziemlich großen Schwierigkeiten verknüpft, da die Bodenpreise eine enorme Höhe erreicht haben und nicht unbedeutend Summen nöthig sind, um die übliche Anzahlung zu leisten, die erwerbenden Grundbesitzer zu können. Der Vorstand dieser Genossenschaft hat, wie wir bereits mittheilten, den Beschluß gefaßt, demnächst mit der Gewerkschaft von dem wichtigen Punkte vorzugehen, da dieselben vorhanden sind, die Angelegenheit unter günstigen Bedingungen zu erhalten. Es sind der Genossenschaft auch bereits eine kleine gut gelegene Terrain zum Kauf angeboten worden, nur können noch immer Schwierigkeiten mit der Anzahlungsumme bis Anfang Mai war von Seiten der Genossen und anderen Personen ungefähr 200 M. an Anzahlung umgewandelt.

Für die weitere Entwicklung der Genossenschaft wäre es von großm Wichtigkeit, wenn namentlich die Genossen alle ihnen zur Verfügung stehenden Gelder bei der Genossenschaft als Sparanlage anlegen würden. Was bekanntlich pro Woche mehr als 10 Pfg. eingezahlt wird, gilt als Sparanlage und wird mit 3 1/2 Pfg. verzinst. Da die Genossenschaft auch gleichzeitig als Sparkasse fungiert, so nimmt sie auch von Personen und Körperschaften (Sparbanken u. s. w.) die ihr nicht als Mitglied angeschlossen, Sparanlagen entgegen, und wäre es daher sehr wünschenswert, wenn Personen und Körperschaften, die der Genossenschaft nahe stehen, ihre Gelder bei derselben anlegen würden. Genügende Sicherheit ist ja vorhanden. Einmal beträgt die gegenwärtige Kapitalsumme der Genossen 43 400 M., und andererseits fallen beliebige Terrains und erbaute Häuser in Berlin nicht in ihrem Werthe, sondern sind in ihrem Stutzen begriffen.

Der zur Festlegung der Löhne und der Arbeitszeit der in den Berliner jüdischen Betrieben beschäftigten Arbeiter eingetragene Stadtverordneten-Ausschuss hat unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Liebenow und in Gegenwart des Stadtraths Ramlow beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag zur Annahme vorzuschlagen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat: 1. dahin zu wirken, daß das in den städtischen Betrieben noch keine Arbeiterausfälle betreffen, solche eingeführt und Bestimmungen getroffen werden, daß alle großwürdigen Arbeiter die Wahlberechtigung (das aktive Wahlrecht) und allen übrigen, die mindestens drei Jahre im Betriebe tätig sind, die Wahlberechtigung (das passive Wahlrecht) zuerkannt werde; 2. Fortbrungen zu treffen, daß die Arbeitszeit in den städtischen Betrieben — mit Ausschluß der Vorwärtshäuser — in denen jetzt noch eine längere Arbeitszeit besteht, in der Regel zehn Stunden — ausschließlich der Arbeitspausen — nicht überschritten darf; 3. die in der Ausschreibung vom 21. Mai d. J. festgesetzten Löhne zu erhöhen; 4. daß Ueberstunden, die nicht arbeitsplanmäßig sind, sowie Sonntags- und Nachtarbeit entsprechend höher bezahlt werden; 5. daß in Betrachtfällen die Differenz zwischen Arbeitslöhnen und Krankengeld auf die Dauer von drei Monaten gezahlt werden; 6. den Familien eines nach einjähriger Tätigkeit zu Friedensübungen einberufenen Arbeiters einen Zuschuß in der Höhe des regelmäßigen erhaltenen Tagelohnes gewährt wird. Den Antrag, den in städtischen Betrieben dauernd beschäftigten Arbeitern jährlich einen einmaligen wochenlänglichen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren, hielt der Ausschuss nicht für zeitgemäß, da nach den Mitteilungen des Magistratsvertretes jetzt Erwägungen über diesen Punkt stattfinden.

Die Hamburger Vaterneuwärter sind jüngst an die Deputation für das Verleihungswesen mit dem Gesuch um eine Lohnaufbesserung und Entrechnung der Wochenfeiertage in die Reihe der freien Tage herangetreten. Als zum Beginn dieses Jahres hatten die Leute Tag für Tag, Wochenentags und Sonntags, Dienst, erst wurde ihnen vierter Sonntag freigegeben; die zweiten Oster-, Pfingst- und Weinachtsfeiertage und sonstige Feiertage in der Woche wurden nach wie vor als einfache Arbeitstage gerechnet. In dem Bescheide, der den Vaterneuwärtern jetzt durch die Direction der Gaswerke zugegangen ist, wird dem Gesuch, jeden vierten Sonntag oder Feiertag freizugeben, zugestimmt; dagegen ist das Gesuch um Vornahme von Ueberstunden nicht berücksichtigt worden, und zwar mit der ausführlichen Motivirung, daß die Arbeitszeit nur 6 1/2 Stunden betrage. Die Vaterneuwärter selbst haben sich nicht wenig darüber gewundert, daß ihre vorgelegte Behörde nicht besser die Arbeitsverhältnisse in ihrem eigenen Betriebe kennt. Die Vaterneuwärter selbst versichern, daß ihre täglich auszubehaltende Arbeitszeit mindestens anderthalb Stunden beträgt. Da sie ein Lohn von 8 Mk. täglich, 21 Mk. pro Woche von sieben Arbeitstagen, nämlich eine sehr spärliche Entlohnung, jamaal die Arbeit zum Teil Nacht- und mit Unterbrechungen verrichtet wird, die die Leute weder zum Schlaf, noch zur Erholung ausruhen können. Öffentlich überlegt sich die vorgelegte Behörde der Leute die Sache noch einmal und kommt zu der Einsicht, daß doch eine Lohnaufbesserung für sie eine Nothwendigkeit ist.

Neuer eine Lohnbewegung der städtischen Wärter in Charlottenburg

In bedeutend schärferem Tempo wurde dieses Jahr eine Lohnbewegung im städtischen städtischen Betrieb in Szene gesetzt und dies auch mit Recht; denn die Gehälter in der hiesigen Stadtverwaltung stehen nicht nur ideal, sondern auch fast durchweg materiell unter den ungeliebten Tagelöhnern. Schon in der Arbeitszeit wird eine Ausnahme mit denselben gemacht. Während nämlich alle anderen städtischen Arbeiter 9 resp. 10 stündige Arbeitszeit haben, dürfen die Wärter noch 11 Stunden arbeiten. Das daraus einig und allem der städtische Garteninspektor Herr Kies, mit seinem reichen Gehaltszuschuß ist, ist und bleibt Datsache. Dieser Herr verdient es übrigens, durch alle möglichen Manipulationen die Macht im Bereich des kommunalen Gehaltenswesens in seinen Händen zu halten und nutzt sie auch gründlich aus, wovon so mancher Kollege von den hiesigen, die schon unter Herrn Kies' Regieren standen, ein Vieb singen können. Dasselbe ist auch von den vielen Vergärtern zu sagen, die ich da waren und fast ohne Ausnahme moralisch hinausgedrückt wurden; denn 3. A. bekamen mehrere derselben verantwortungsvoller Posten und während mit der Übergangzeit in der hiesigen Stadtverwaltung zu erst noch nicht mehr tauschen. Das ist ein Zeichen, daß diese Leute leistungsfähig sind und werden.

Ueberhaupt wurden in gewissen Fachbüchern die Verhältnisse im hiesigen Stadtgarten so idyllisch wie möglich geschildert; aber über die wirtschaftliche Lage der darin beschäftigten Gehilfen schweigt man sich aus. Um zur Sache zu kommen, ist zu berichten, daß die vom Hauptvorstand an den hiesigen Stadtrat gerichtete Petition ohne weiteres in den Papierkorb wanderte resp. wurde dieselbe dem Herrn Kies überlesen, welcher denn auch nicht verläumde, die organisierten Gehilfen dafür ordentlich abspugten. Die zweite von uns gemachte Petition wurde bereits vorzuentlich. Auch diese Petition wurde erst nach nochmaliger Interpellation beim Stadtrat resp. dem Herrn Oberbürgermeister einer Berücksichtigung unterzogen. Darauf erließ Herr Kies sofort ein Zirkular an die im städtischen Betrieb beschäftigten Gehilfen, worin dieselben unterzeichnen sollten, daß sie mit der, von der „Vedera“ an den Stadtrat gemachten Petition nichts gemein haben. Herr Kies nannte den Inhalt „gemein“ und „falsch“ und bedient, sich Abschlüsse, die wir auf ein anderes Mal sparen wollen. Das Zirkular unterzeichnet zuerst keiner und erst auf nochmaliges Aufordern unterzeichnete der Vergärter May und die Gehilfen Webber, Geyer und Wohlgelegen. Außerdem unterzeichneten noch in Folge moralischen Druckes letzters des Herrn Kies, die Gehilfen Kleiner und Kern; welche letzterer jedoch taubstum ist und daher von uns wegen seines Gehörden nicht eingeschlossen wurde. Die Gehilfen Webber, Geyer, Kleiner, Wohlgelegen wurden aus dem Verein ausgeschlossen, weil sie außerdem noch durch

Denunziation unsere Interessen schädigen; Kleiner suchte durch den Austritt einige Tage vorher dem Ausschluß vorzubeugen. Lebenslos durch Denunzieren, welches vorbenötigt bemerkt, hier im Stadtgarten gepflegt wird, erhielten einige Zeit darauf die Gehilfen Hess und Heim die Kündigung schriftlich zugelaufen. Auf den energischen Protest seitens der beiden Kollegen bei dem Herrn Oberbürgermeister, wurden diese als Maßregelungen zu betrachtende Kündigungen zurückgenommen und versprochen, daß die Sache unterrichtlich und die Petition an eine Kommission zur Verurteilung überzulesen werden soll. Die heutige Lage ist nun die, daß wir die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben und die Erwartung hegen, daß die betreffende Kommission gegen uns mehr Humanität zeigen wird, als wie es Herr Kies in der Regel bis jetzt that. Das Endergebnis werden wir seiner Zeit wieder veröffentlichen.

In Ludwigshafen a. Rh. schrieben aus dem städtischen Gaswerk recht sonderbare Zustände zu berichten. Eine der letzten Sitzungen des Gemeindefullkums beschäftigt sich eingehend mit dem Direktor des Gaswerks, Herrn Croissant. Es wurden demselben dabingehend Vorwürfe gemacht, daß er das Gaswerk als Laboratorium betrachte und keine praktische Arbeit leiste. Die finanziellen Ergebnisse des Gaswerks wüßten immer schlechter und blieben hinter anderen Orten erheblich zurück. Auch die städtischen Gasarbeiter soll Herr Croissant sehr schlecht behandeln. Stadtrat Huber führte bezüglich der Arbeiter folgendes aus:

Der Standpunkt, den Herr Croissant gegenüber den Arbeitern einnimmt, ist nicht der richtige. Er betrachtet sie als bloße Küllen, als stupide, charakterlose Menschen, und als solche behandelt er sie auch. Bei solcher Anschauungsweise kann es nicht fehlen, daß es zu Differenzen zwischen dem Direktor und den Arbeitern kommt. Das die Leitung des Gaswerks keine einseitige ist, geht aus der Thatsache hervor, daß unlängst ein Arbeiter gefandigt worden ist, wovon weder Direktor, noch Assistent, noch Gasmeister eine Ahnung hatten. Alle drei thaten ganz eifrig, als sie dies erriethen, und Niemand wollte gefandigt haben, bis sich herausstellte, daß ein Vorarbeiter derjenige war, der Vorsehung gespielt hat.

Herr Croissant erwiderte unter Anderem, daß der finanzielle Rückgang zum Teil auf die erfolglosen Vornahme von Ueberstunden zurückzuführen wäre. Wenn wir uns auch kein Urtheil über die technischen Fähigkeiten des Herrn Direktors erlauben wollen, so müssen wir es doch bestreiten, daß die minimalen Vornahmungen, welche die Gasarbeiter erhalten haben, wirklich Schuld an dem finanziellen Rückgang des Gaswerks sind. In Berlin a. B. sind den Gasarbeitern in den letzten Jahren Vornahmungen in der Höhe von mehreren hunderttausend Mark gemacht worden, trotzdem hat man aber immer mehr Ueberläufer herausgewirtschaftet. Der Rückgang der Finanzen muß also wohl an etwas Anderem liegen.

Sommerurlaub für die Berliner städtischen Arbeiter. Der Magistrat hat eine fünfjährige Kommission zur Verabreichung der Sommerurlaubstage der städtischen Arbeiter ernannt. Die Verwaltung der städtischen Gaswerke hat bei dem Magistrat beantragt, den Arbeitern nach einem Dienstjahr einen einjährigen, nach fünf Jahren einen dreijährigen und nach zehn Jahren einen vierjährigen Urlaub unter Weiterzahlung des Lohnes zu gewähren. Dieser Antrag war die direkte Veranlassung zu dem oben angeführten Schicksal des Magistrats, jedoch werden die wiederholten Petitionen unserer Berliner Organisation betreffs der Gewährung eines Sommerurlaubs wohl die eigentliche Veranlassung zu der Stellungnahme des Magistrats sein.

Altere und Hinterbliebenen-Versorge für städtische Arbeiter in Kassel. Die Stadt Kassel hat den geplanten Zuschuß aus städtischen Mitteln zu der gesetzlichen Invalidenrente für ihre Arbeiter wie eine dauernde Beihilfe für deren Hinterbliebenen nunmehr am 1. April in Kraft treten lassen. Diese Fälligkeit ist sehr minimaler Natur; kein Rechtsanspruch und keine Beitragsleistung der Arbeiter, die bewilligten Bezüge jeder Zeit vom Magistrat übernommen, d. h. derartige Ueberbrückende Verschüttung nach vollständigen 20 Jahre, dann ein Zuschuß derart, daß das Einkommen aus staatlicher Invalidenrente und städtischem Zuschuß 1500 des Jahresarbeitsverdienstes beträgt. Am 1. April 1900 um 100 bis zum Höchstbetrage von 750 675, 600 Mk. für die drei Vorklassen von 350 Mk. und mehr, 3 bis 349 Mk. und bis 299 u. s. w. Die Witwe erhält davon 40 Mk., mindestens aber 72 Mk. die Halbwaisen 1/2 des Gehaltsanteils des Wittwengeldes. Man ersieht hieraus, daß die Fälligkeit sich in sehr beträchtlichen Grenzen hält und erheblich hinter den bezüglichen Bestimmungen von Berlin, Charlottenburg, Breslau u. s. w. zurückbleibt.

Für die Mitglieder der Krankengeld-Zuschußkasse.

Rachdem zu Anfang Mai für diejenigen Kassenglieder, welche der Jubeltriebung der Kasse freiwillig beigetreten sind, die 13 wöchige Karenzzeit beendet war, ist unter den erkrankten Mitgliedern auch leider diejenige Erkrankung zu Tage getreten, mit welcher die meisten Krankengeldkassen zu rechnen und zu kämpfen haben, und wodurch die Krankengeldkassen in unvortheilhafter Weise zum Nachtheil aller Kassenglieder auch bedient werden. Es sind dies die sogenannten Krankheitsinsultanten; Personen, die oft aus mehr denn zwei Jahren bezw. Institutionen im Krankheitsstadium verfallen, wobei Unterzügen bediegen, die es denselben ermöglichen, während der Krankheitszeit nur sorgenlos und gut zu leben, sondern von dem bezogenen Krankengeld auch noch beträchtliche Ersparnisse zu machen.

Diese Krankengeldkassen treten denn auch den verschiedenen Unterzügenkassen nur zu dem Zweck bei, um ihre verhältnismäßig minimalen Beitragsleistungen hundertfach wieder aus den Kassen herauszubringen. Dem behandelnden Arzte wird diese oder jene Krankheit, Rheumatismus z. B. vorgeführt, welche von demselben verhältnismäßig schwer zu konstatieren ist. Der Krankengeldkassen wird dessen für arbeitsunfähig erklärt, worauf die Ausbeutung der Kassen systematisch vor sich geht. Während Andere im Kampf um das Dasein ihrer oft überhöhten Arbeit nachgehen, führen diese Krankengeldkassen ein beachtliches Arbeits- und sorgenloses Leben auf Kosten der Krankengeldkassen bzw. der Kassenglieder. Es liegt uns fern, den Mitgliedern unserer noch jungen Krankengeld-Zuschußkasse in dieser Weise nahe zu treten, trotzdem halten wir es für unsere heilige Pflicht, dieselben hierdurch auf jene Sorte von Mitglieder auszumerkeln zu machen, welche die Krankengeldkassen als Ausbeutungssubjekte benutzen. Wie bereits vorstehend angeführt, scheint auch unsere Kasse, trotz ihres kurzen Bestehens, nicht von solchen Elementen frei zu sein; deshalb machen wir es allen Mitgliedern zu ihrer vornehmsten Pflicht, darüber zu wachen, daß unsere junge Institution, die zu dem Zweck ins Leben gerufen ist, wirklich kranke Mitglieder zu unterstützen und vor momentaner Noth zu bewahren, nicht durch triviale und ausbeutungsfähigere Personen in ihrer Lebensfähigkeit behindert und gefährdet wird.

In Anbetracht dessen hat der Verbandsvorstand in seiner Sitzung vom 7. Juni er. nachfolgende Strafen für Verhöge gegen die Verhaltensmaßregeln erkrankter Mitglieder festgesetzt:

1. Erkrankte Mitglieder der Krankengeld-Zuschußkasse, welche Krankenunterstützung beziehen, geben für eine Woche des Krankengeldes verlustig, wenn dieselben in Krank- oder Langlokalen oder bei der Arbeit angetroffen werden; ferner, wenn dieselben die Ausgehzeit, welche vom Arzt vorgegeben ist, übermäßig überschreiten.
2. Jede andere Ueberschreitung der festgesetzten Ausgehzeit, sowie jede Fälschung der Verhaltensmaßregeln, die auf der Fälschung der Krankenscheine vorgehen, wird mit Abzug in Höhe eines 1/4 des Krankengeldes bestraft. Klasse I 50 Pf., II 11 Pf., III 1,50 Pf. bestraft.

Die Geschäftsführer der Krankengeld-Zuschußkasse werden hiermit ersucht, vorkommenden Falls streng nach dem Beschlusse des Verbands-Vorstandes zu verfahren.

J. M. G. Damm.

Achtung Berliner Markthallenarbeiter!

Seiner Zeit wurde der in Halle 8 beschäftigte Kol. B. krank. Kollege B. kam in ärztliche Behandlung, und es wurde ihm vom Arzte bescheinigt, daß er nicht mehr fähig ist, schwere Arbeit zu verrichten. Deshalb wandte sich Kollege B. an die Inspektion mit der Bitte um leichteren Dienst. Wie weit die Sache gediehen ist, wissen wir nicht, denn nach Aufforderung unseres Vorstehers erklärte Kollege B., daß der Vorsteh nur die Sache ruhen ließ, denn er wird schon sehen, was weiter geschieht. Nun sind in Halle 8 zwei Kollegen Namens J. und S. die beiden Herren nahmen es sehribel auf, daß diese Angelegenheit vom Verband nicht weiter verfolgt wird, und glaubten nach langem Suchen einen Grund gefunden zu haben, aus dem Verband auszuscheiden zu können. Wie schon vorhin erwähnt ist, hatten wir nach der Erklärung des B. keinen Grund zum Sorgen. Aber diesen beiden Herren ist es jedenfalls nur um die 15 Pf. zu thun, die sie monatlich beziehen müssen, wenn wozu noch im Verband sein? 3,50 Mk. Lohn haben sie ja, und ob es noch Zulage geben wird, ist eine Frage der Zeit.

Es ist wirklich zu bedauern, daß viele Kollegen noch zu wenig Verständnis über das Wesen und Schaffen eines Arbeitervereins haben. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, den Kollegen eine bessere Meinung vom Verbande beizubringen.

Ferner ist den Mitgliedern noch an die dummen Kollegen die Bitte, ihre Beiträge doch etwas pünktlicher zu entrichten und nicht mit 15 und 16 Wochen im Rückstand zu bleiben, denn wir müssen auch pünktlich mit dem Verband abrechnen.

Der Vorstand.

Letzte telegraphische Nachrichten.

Berlin. Unser J.-Berichteratter drückt uns: Wie ich aus ganz sicherer Quelle erlaube, sollen tatsächlich demnächst die Berliner Vaterneuwärter abgekehrt werden. Stadtrat Ramsau, dem bekanntlich das Wohl seiner Arbeiter sehr am Herzen liegt, kann es gar nicht mehr ansehen, daß die Vaterneuwärter solche Ungeduld haben und seine Unterthansräume bestimmen. Er tritt deshalb mit seiner üblichen Bekanntheit Arbeitervereinstück für die schleunige Beilegung ein. Von seinem Bureau aus befragt er zukünftig tagtäglich mittels Fernschreibers selbst das Amt des Vaterneuwärter. Er drückt nur auf einen Knopf und ganz Berlin ist erleuchtet, das heißt von Wascht, nicht etwa von Herrn Ramsau. Das Fügen der Vaterneuwärter überläßt er den Studenten, indem er annimmt, daß diese doch bald alle Scheiben eingeschlagen haben werden, das kommt nicht nur in Bonn vor und wird nicht nur von sehr doch gestellten Herren ausgeführt — und dann das Reigen derselben überflüssig wird.

Bundschau.

Ein englischer Gewerkschaftsführer sprach auf dem Gewerkschaftstreffen in Buxton folgende, für viele unserer Kollegen recht behergsamerde Worte: „Die

